

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

Integrations barometer 2018

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

Integrations barometer 2018

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek

Mag. Alexandra Siegl, MSc

Integrations barometer 2018

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

Februar 2019

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Lektorat:** Mag. Michaela Kapusta – Lettera Lektorat; **Layout:** Marion Dörner Grafik Design; **Druck:** Gerin Druck GmbH; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Zukunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

Inhaltsverzeichnis

- 6** Kernergebnisse
- 8** Hintergrund der Studie und Methodik
- 9** Ergebnisse im Detail
- 9** Bewertung des Zusammenlebens
- 13** Schwierigkeiten im Zusammenleben in diversen Alltagsbereichen
- 15** Parallelgesellschaften in Österreich
- 16** Einstellung zum Thema Integration und Bewertung von Vorschlägen

1 Kernergebnisse

– Das Zusammenleben von Österreicher/innen und Zuwander/innen bewertet etwa die Hälfte der Befragten gut, die andere Hälfte schlecht. Deutlich kritischer wird das Zusammenleben konkret mit Muslim/innen gesehen; dieses wird von 59 Prozent negativ bewertet. Ähnlich kritisch (58 Prozent Negativbewertungen) wird das Zusammenleben mit Flüchtlingen wahrgenommen. Im Vergleich zur letzten Befragung sind die Ergebnisse bei diesen Fragen stabil.

Kritischer beurteilen das Zusammenleben vor allem ältere Menschen sowie niedrigere Bildungs- und Einkommensgruppen.

– Im Alltag orten die Befragten vor allem in Schulen Probleme zwischen Flüchtlingen bzw. Migrant/innen und der autochthonen Bevölkerung.

– 74 Prozent der Bevölkerung nehmen Parallelgesellschaften in Österreich wahr. Interessant ist, dass Parallelgesellschaften überdurchschnittlich stark von höheren Bildungs- und Einkommensgruppen sowie Menschen in Wien bzw. im urbanen Raum wahrgenommen werden, also nicht von jenen Gruppen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen üblicherweise negativ bewerten.

Jene Befragten, die Parallelgesellschaften orten, sind zu 62 Prozent der Meinung, die Tendenz zu diesen habe sich im vergangenen Jahr verstärkt.

– 52 Prozent stimmen der Aussage zu, dass viele Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft die Gesamtgesellschaft in Österreich bereichern. 45 Prozent stimmen der Aussage nicht zu. Offener zeigen sich dabei Menschen mit höherer Bildung, höherem Einkommen, Wiener/innen bzw. Befragte im urbanen Raum sowie unter 30-Jährige.

- 55 Prozent sind dafür, dass Migrant/innen, die in Mangelberufen qualifiziert sind, leichter nach Österreich kommen dürfen sollten. 57 Prozent sind zudem der Ansicht, dass Frauen aus konservativ religiösen Gesellschaften in ihrer Integration stärker als Männer gefördert werden sollten.
- Eine breite Mehrheit der Österreicher/innen ist dagegen, dass Kinder oder Pädagoginnen in Kindergärten und Schulen Kopftücher tragen. Insbesondere ein Kopftuchverbot für Kinder in Kindergärten und Volksschulen stößt auf große Zustimmung. Mehrheitlich abgelehnt wird dahingegen die Idee, dass Kindergärten auf religiöse Speisenangebote Rücksicht nehmen sollten.
- Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass verpflichtende Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge ausgebaut werden sollten.
- Das Erlernen der Sprache wird als Schlüssel für Integration gesehen, und dieses wollen die Österreicher/innen auch eingefordert wissen. So spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass der Erhalt der Mindestsicherung an gute Deutschkenntnisse von Migrant/innen gekoppelt sein soll, und auch für den Erhalt einer Gemeindewohnung soll Deutsch aus Sicht einer Mehrheit Pflicht sein.
- 58 Prozent finden es richtig, dass Migrant/innen aus EU- oder Drittstaaten erst nach 5 Jahren Zugang zur Mindestsicherung erhalten. Zudem wünscht man sich strengere Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften.
- Die soziale Durchmischung von Einheimischen und Migrant/innen in Gemeindewohnungen sehen zwar 57 Prozent grundsätzlich als wichtig an, eine Erleichterung des Zugangs zu Gemeindewohnungen für Flüchtlinge und Migrant/innen wird jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

2 Hintergrund der Studie und Methodik

Ziel des Integrationsbarometers ist es, Einstellungen und Stimmungsströmungen im Zusammenhang mit dem Thema Integration sowohl in der österreichischen Bevölkerung als auch unter Menschen mit Migrationshintergrund zu erheben. Peter Hajek Public Opinion Strategies führt dazu regelmäßig eine Befragung durch, um aktuelle Stimmungen und Meinungsverschiebungen zeitgerecht erfassen zu können. Die vorliegende Publikation umfasst jene Befragung, die im Dezember 2018 durchgeführt wurde.

In dieser siebenten Befragungswelle wurden 1.000 Österreicher/innen (österreichische Staatsbürger/innen) ab 16 Jahren repräsentativ befragt. Die Befragung wurde teils in Form einer telefonischen Befragung und teils in Form einer Onlinebefragung durchgeführt. Dieser Methodenmix hat sich als sehr gute Variante bewährt, um sowohl die Gruppe der jungen Menschen (online) als auch die höheren Altersschichten (telefonisch) gut zu erreichen. Die Feldarbeit fand zwischen 6. und 20. Dezember 2018 statt.

3 Ergebnisse im Detail

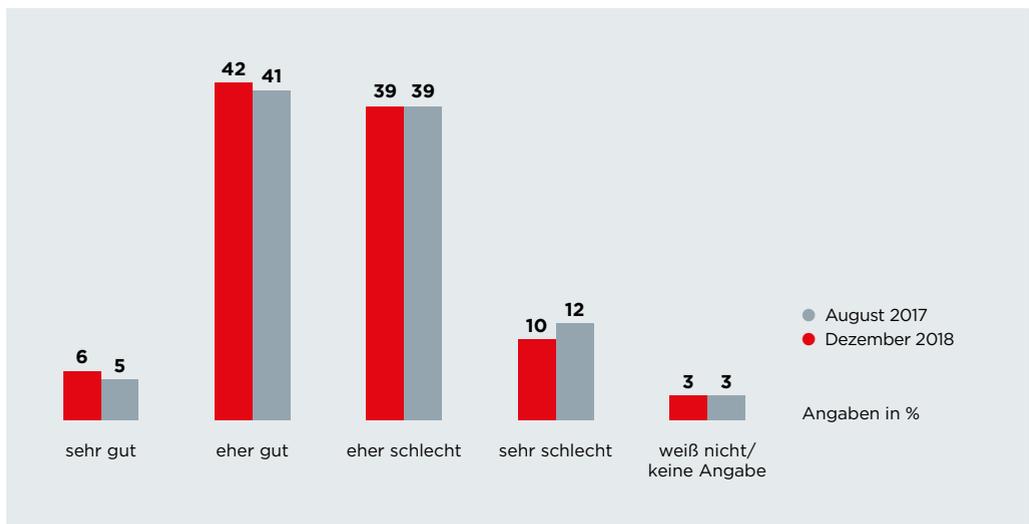
Bewertung des Zusammenlebens

Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen

Bei der Frage, wie gut gebürtige Österreicher/innen und Zuwander/innen zusammenleben, ist die Bevölkerung geteilter Meinung.

48 Prozent bewerten das Zusammenleben als zumindest eher gut, 49 Prozent als eher oder sehr schlecht. Kritischer sehen das Zusammenleben ältere Menschen, niedrigere Bildungskohorten, Menschen mit geringerem Einkommen sowie Befragte im ländlichen Raum.

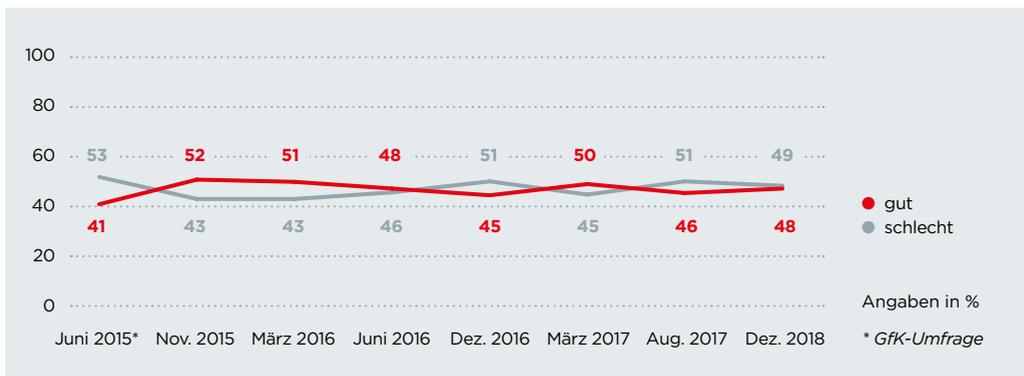
ABB. 1: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN



Ein Blick auf die Antworten im Zeitverlauf zeigt nur geringe Veränderungen der Einstellungen. Im Vergleich zur letzten Befra-

gungswelle im August 2017 gibt es eine ganz leichte Aufhellung der Stimmung, die allerdings nicht statistisch signifikant ist.

ABB. 2: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN - ZEITVERLAUF

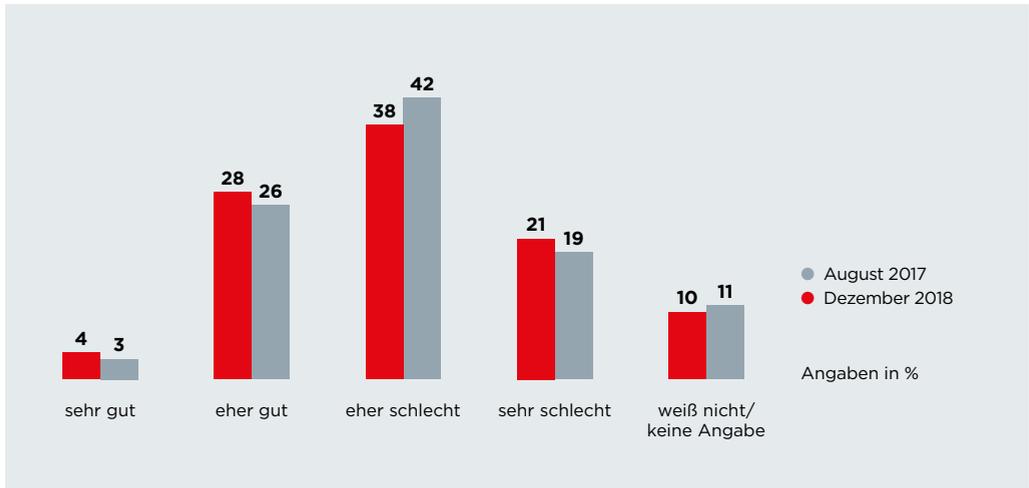


Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen

Deutlich kritischer wird das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen in Österreich bewertet. Jede/r Fünfte bewertet dieses als sehr schlecht, weitere 38 Prozent schätzen es als eher schlecht ein, was eine Mehrheit von 59 Prozent an Negativbewertungen ergibt. Auf der anderen Seite sind lediglich 4 Prozent der Meinung, das Zusammenleben zwischen diesen beiden Gruppen sei sehr gut.

Negativer als der Durchschnitt beurteilen Frauen, ältere Menschen, Menschen ohne Matura, Personen mit niedrigerem Einkommen sowie Befragte, die Parallelgesellschaften in Österreich wahrnehmen.

ABB. 3: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH

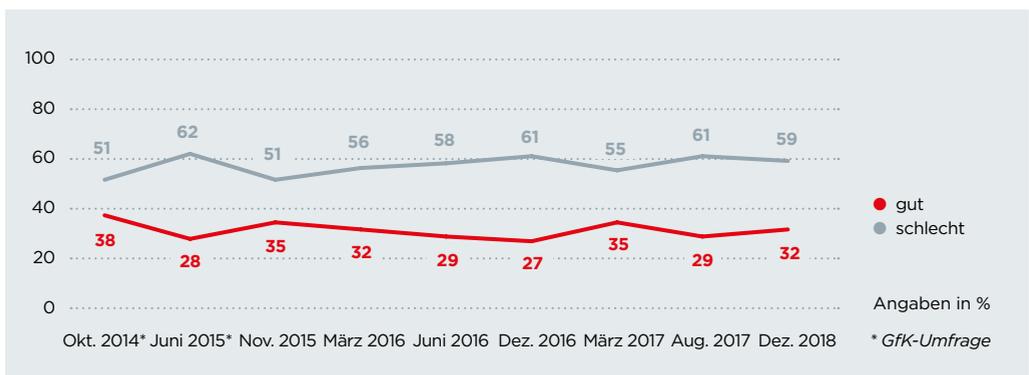


Rundungsdifferenzen möglich.

Wie bei der vorhergehenden Frage deutet sich auch hier eine marginale Verbesserung

im Vergleich zur letzten Befragungswelle an, die allerdings nicht statistisch signifikant ist.

ABB. 4: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH - ZEITVERLAUF



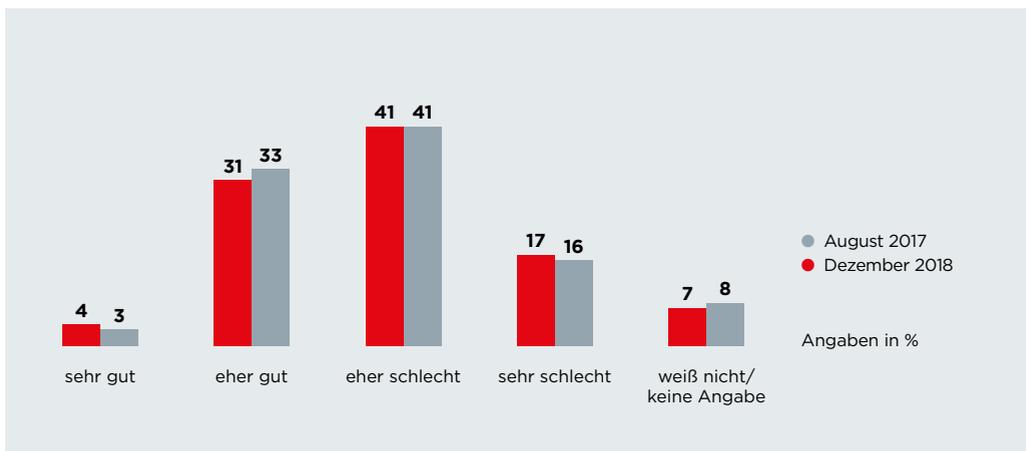
Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen

Ein ähnliches Bild wie bei der Bewertung des Zusammenlebens von Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen zeigt sich bei der Frage nach dem Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen. Eine Mehrheit von 58 Prozent bewertet dieses als eher oder sehr schlecht, ein knappes Drittel nimmt ein

eher gutes Zusammenleben wahr, lediglich 4 Prozent ein sehr gutes.

Eine negativere Einschätzung als der Durchschnitt der Befragten weisen Menschen mit niedrigerer Bildung sowie Befragte, die Parallelgesellschaften in Österreich wahrnehmen, auf.

ABB. 5: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND FLÜCHTLINGEN



Rundungsdifferenzen möglich.

Im Vergleich zur letzten Befragung im August 2017 haben sich die Antworten auf die Frage nicht nennenswert verändert.

ABB. 6: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS
ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND FLÜCHTLINGEN - ZEITVERLAUF



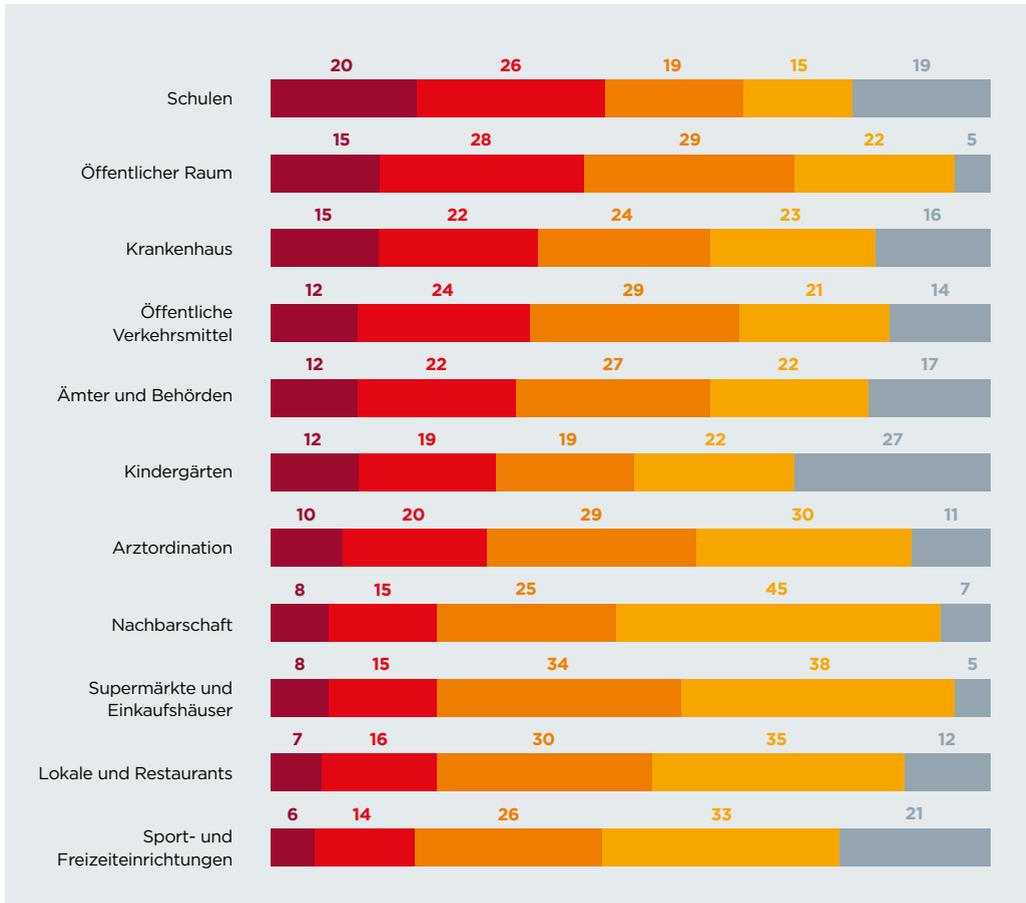
Schwierigkeiten im Zusammenleben in diversen Alltagsbereichen

Die Österreicher/innen orten am ehesten in Schulen Probleme zwischen Flüchtlingen bzw. Migrant/innen und der einheimischen Bevölkerung. Ein Fünftel nimmt in diesem Bereich sehr große Probleme wahr, weitere 26 Prozent größere Probleme. Auf der anderen Seite nehmen 19 Prozent geringere und 15 Prozent gar keine Probleme wahr. Damit ergibt sich ein Überhang an Menschen, die Probleme im Zusammenleben an Schulen orten. Befragte mit Kindern unter

14 Jahren im Haushalt bewerten die Situation an Schulen nicht negativer als der Durchschnitt der Befragten; Menschen ohne Kinder antworten lediglich verstärkt mit „weiß nicht/ keine Angabe“.

In allen anderen abgetesteten Alltagsbereichen ist die Gruppe jener, die sehr große oder größere Probleme wahrnehmen, in der Minderheit. Alltagsbereiche mit tendenziell höherem Konfliktpotenzial finden sich ganz allgemein im öffentlichen Raum und in Krankenhäusern.

ABB. 7: PROBLEME ZWISCHEN FLÜCHTLINGEN BZW. MIGRANT/INNEN UND ÖSTERREICHER/INNEN IN ALLTAGSBEREICHEN



● sehr große Probleme
 ● größere Probleme
 ● geringere Probleme
 ● gar keine Probleme
 ● weiß nicht/k.A.

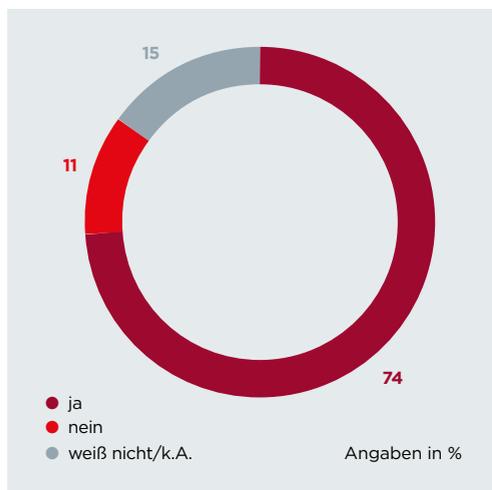
Rundungsdifferenzen möglich. Angaben in %

Parallelgesellschaften in Österreich

Fast drei Viertel der Bevölkerung sind der Meinung, in Österreich gebe es Parallelgesellschaften. Vor allem Menschen, die das Zusammenleben von Muslim/innen

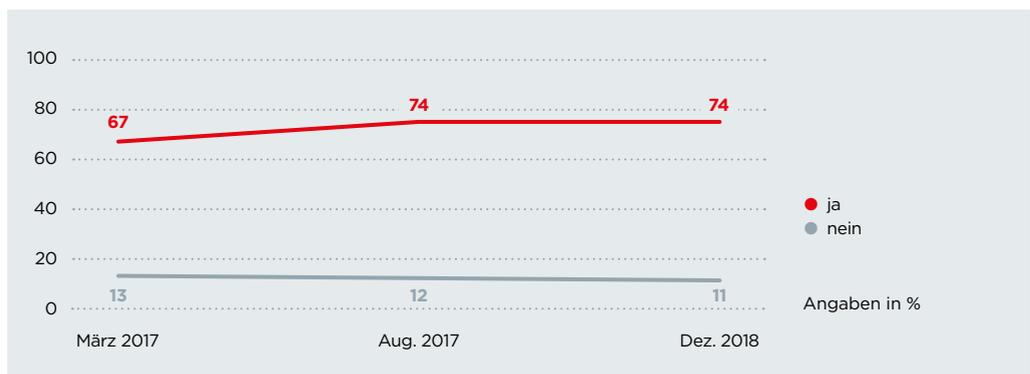
und Nicht-Muslim/innen negativ bewerten, Menschen in Wien bzw. im urbanen Raum, Menschen mit höherer Bildung und höherem Einkommen, Männer sowie mittlere Altersgruppen (30- bis 49-Jährige) nehmen Parallelgesellschaften wahr.

ABB. 8: GIBT ES IN ÖSTERREICH PARALLELGESELLSCHAFTEN?



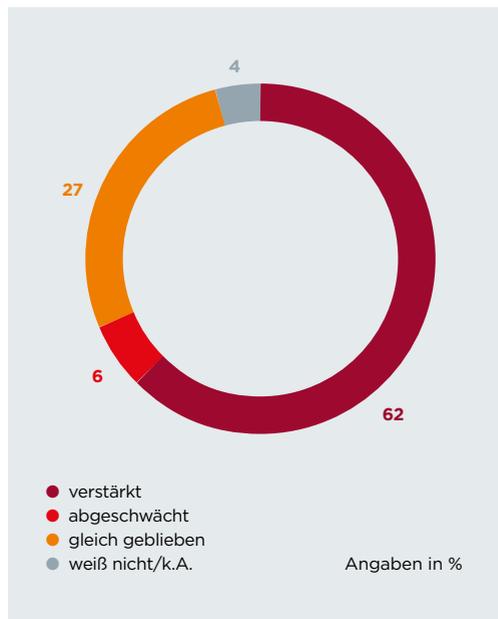
Wie der Zeitverlauf zeigt, hat sich bei dieser Frage seit der letzten Befragungswelle im August 2017 nichts verändert, im März 2017 gaben jedoch noch weniger Menschen an, Parallelgesellschaften in Österreich wahrzunehmen.

ABB. 9: GIBT ES IN ÖSTERREICH PARALLELGESELLSCHAFTEN? - ZEITVERLAUF



Jene Befragten, die Parallelgesellschaften wahrnehmen, wurden in weiterer Folge gefragt, ob sich die Tendenz zu Parallelgesellschaften im abgelaufenen Jahr 2018 verstärkt oder abgeschwächt habe. Eine klare Mehrheit von 62 Prozent gab an, die Situation habe sich verschärft, 27 Prozent nahmen eine gleichbleibende Entwicklung wahr und nur 6 Prozent eine Abschwächung.

ABB. 10: HAT SICH DIE TENDENZ ZU PARALLELGESELLSCHAFTEN IM LETZTEN JAHR VERSTÄRKT ODER ABGESCHWÄCHT?



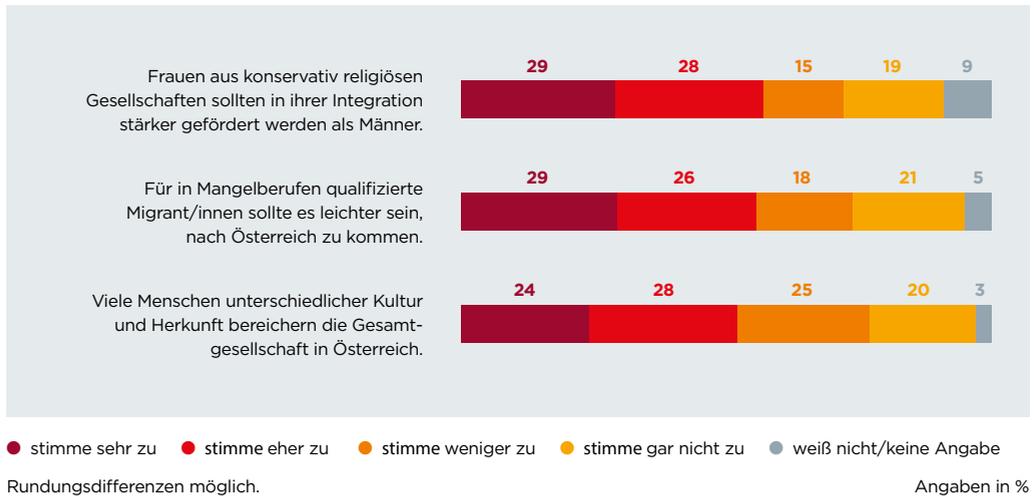
Einstellung zum Thema Integration und Bewertung von Vorschlägen

Einstellung zum Thema Zuwanderung und Integration

Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent stimmt der Aussage zu, dass viele Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft die Gesamtgesellschaft in Österreich bereichern.

45 Prozent stimmen der Aussage nicht zu. Offener gegenüber anderen Kulturen zeigen sich Menschen, die das Zusammenleben mit zugewanderten Menschen positiv bewerten, sowie Menschen mit Matura oder FH-/Universitätsabschluss sowie mit höherem Einkommen, unter 30-Jährige und Menschen im urbanen Raum bzw. in Wien.

ABB. 11: EINSTELLUNG ZUM THEMA ZUWANDERUNG UND INTEGRATION



Ob Frauen der Schlüssel zu einer gut funktionierenden Integration seien, wird immer wieder diskutiert. In der vorliegenden Befragung stimmten 57 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Frauen aus konservativ religiösen Gesellschaften in ihrer Integration stärker gefördert werden sollten als Männer. Zwischen Männern und Frauen gibt es im Antwortverhalten auf diese Frage keine signifikanten Unterschiede.

Ebenfalls immer wieder diskutiert wird die Frage, inwieweit Migrant/innen nach Österreich kommen sollen, die in Berufen qualifiziert sind, in denen in Österreich ein Fachkräftemangel herrscht. Die Österreicher/innen stehen dem durchaus offen gegenüber. 55 Prozent stimmen der Aussage, dass es für in Mangelberufen qualifizierte Migrant/innen leichter sein sollte, nach Österreich zu kommen, zu. Zustimmung zum Vorschlag

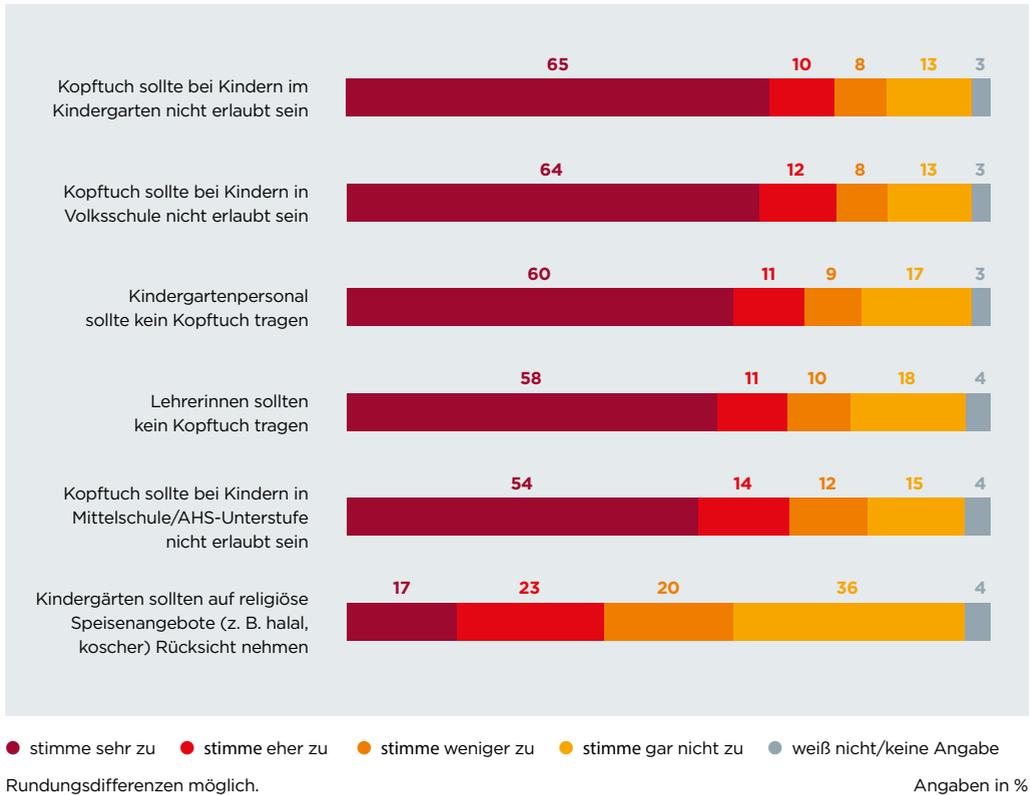
kommt dabei stärker von Menschen, die das Zusammenleben positiv bewerten.

Zustimmung zu Aussagen und Vorschlägen zum Thema Integration

Eine breite Mehrheit der Österreicher/innen ist dagegen, dass Kinder oder Pädagoginnen in Kindergärten und Schulen Kopftücher tragen. Insbesondere ein Kopftuchverbot für Kinder in Kindergärten und Volksschulen stößt auf große Zustimmung. Vor allem niedrigere Bildungskohorten, ältere Menschen und die Landbevölkerung sprechen sich für ein Kopftuchverbot aus.

Mehrheitlich abgelehnt wird dahingegen die Idee, dass Kindergärten auf religiöse Speisenangebote Rücksicht nehmen sollten. Etwas stärker könnten sich das höher Gebildete und Menschen in Wien bzw. im urbanen Raum vorstellen.

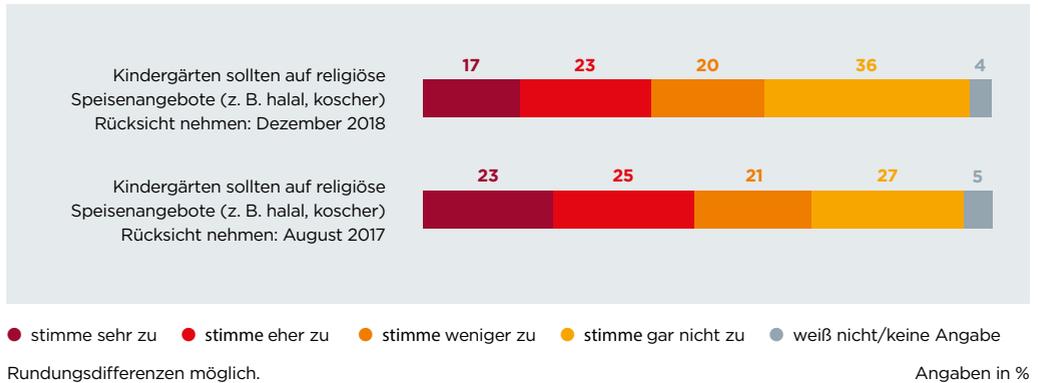
ABB. 12: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN ZUR INTEGRATION IN KINDERGÄRTEN UND SCHULEN BZW. ZUM THEMA KOPFTUCH



Das Thema religiöse Speisenangebote in Kindergärten wurde auch bei der letzten Befragungswelle im August 2017 abgefragt. Auch damals war eine knappe Mehrheit

dagegen, dass Kindergärten auf religiöse Speisenangebote Rücksicht nehmen sollten, die Ablehnung ist in der Zwischenzeit jedoch weiter angestiegen.

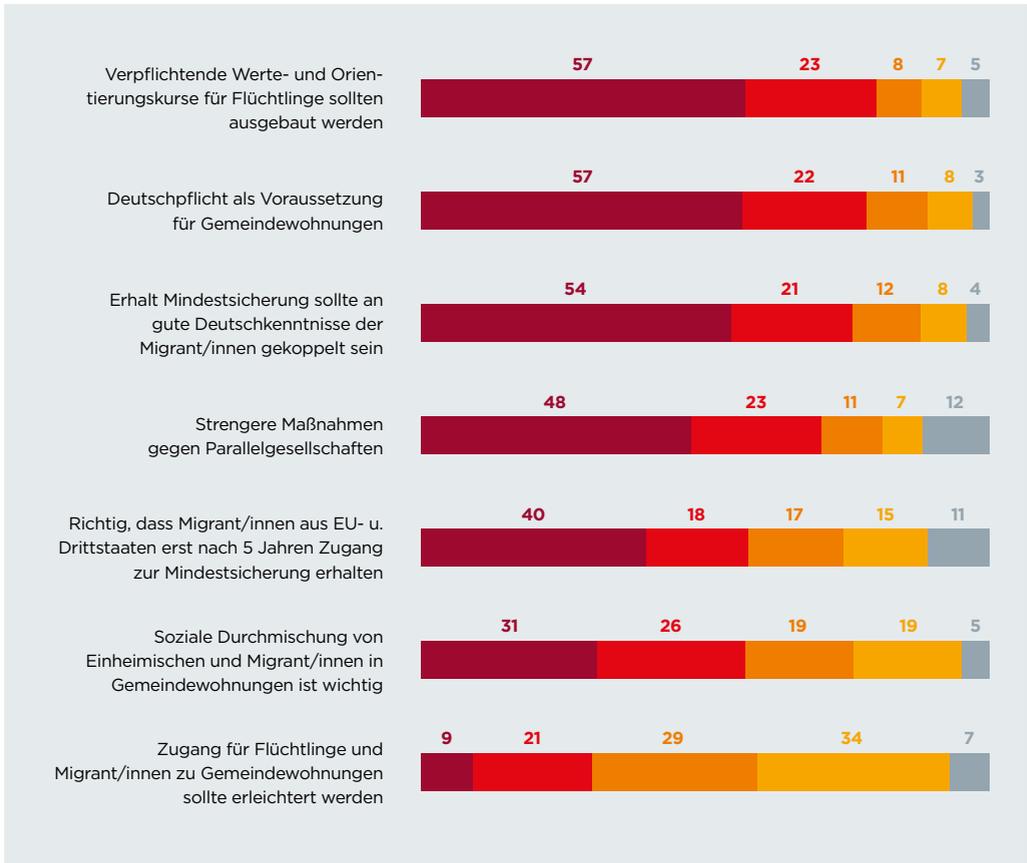
ABB. 13: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLAG BZGL. RELIGIÖSE SPEISEANGEBOTE



Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass verpflichtende Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge ausgebaut werden sollten. Diese werden offenbar als erster Schritt in Richtung einer gelungenen Integration wahrgenommen. Sowohl Menschen, die das Zusammenleben mit zugewanderten Menschen als positiv empfinden, als auch jene, die es als negativ empfinden, können dem Vorschlag mehrheitlich etwas abgewinnen.

Auch das Erlernen der Sprache wird als Schlüssel für Integration gesehen, und dieses wollen die Österreicher/innen eingefordert wissen. So spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass der Erhalt der Mindestsicherung an gute Deutschkenntnisse von Migrant/innen gekoppelt sein soll, und auch für den Erhalt einer Gemeindeförderung soll Deutsch aus Sicht einer Mehrheit Pflicht sein. 58 Prozent stimmen der Aussage zu, dass es richtig sei, dass Migrant/innen aus der EU und Drittstaaten erst nach 5 Jahren Zugang zur Mindestsicherung erhalten. Zudem wünscht man sich strengere Maßnahmen gegen Parallelgesellschaften.

ABB. 14: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN ZUM THEMA INTEGRATION



● stimme sehr zu ● stimme eher zu ● stimme weniger zu ● stimme gar nicht zu ● weiß nicht/keine Angabe

Rundungsdifferenzen möglich.

Angaben in %

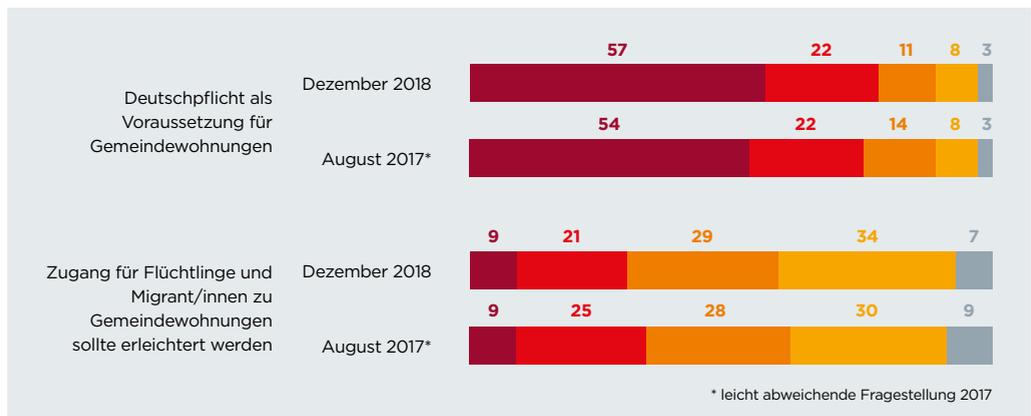
Die soziale Durchmischung von Einheimischen und Migrant/innen in Gemeindewohnungen sieht zwar eine Mehrheit von 57 Prozent grundsätzlich als wichtig an, eine

Erleichterung des Zugangs zu Gemeindewohnungen für Flüchtlinge und Migrant/innen wird jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

Zwei Vorschläge wurden bereits in einer etwas anderen Fragestellung im August 2017¹ abgetestet. Weder bei der Deutschpflicht als Voraussetzung für Gemeindewohnungen

noch bei der Erleichterung des Zugangs zu Gemeindewohnungen haben sich die Einstellungen der Österreicher/innen nennenswert verändert.

ABB. 15: VORSCHLÄGE ZUR VERBESSERUNG VON INTEGRATION – ZEITVERLAUF



● stimme sehr zu ● stimme eher zu ● stimme weniger zu ● stimme gar nicht zu ● weiß nicht/keine Angabe

Rundungsdifferenzen möglich.

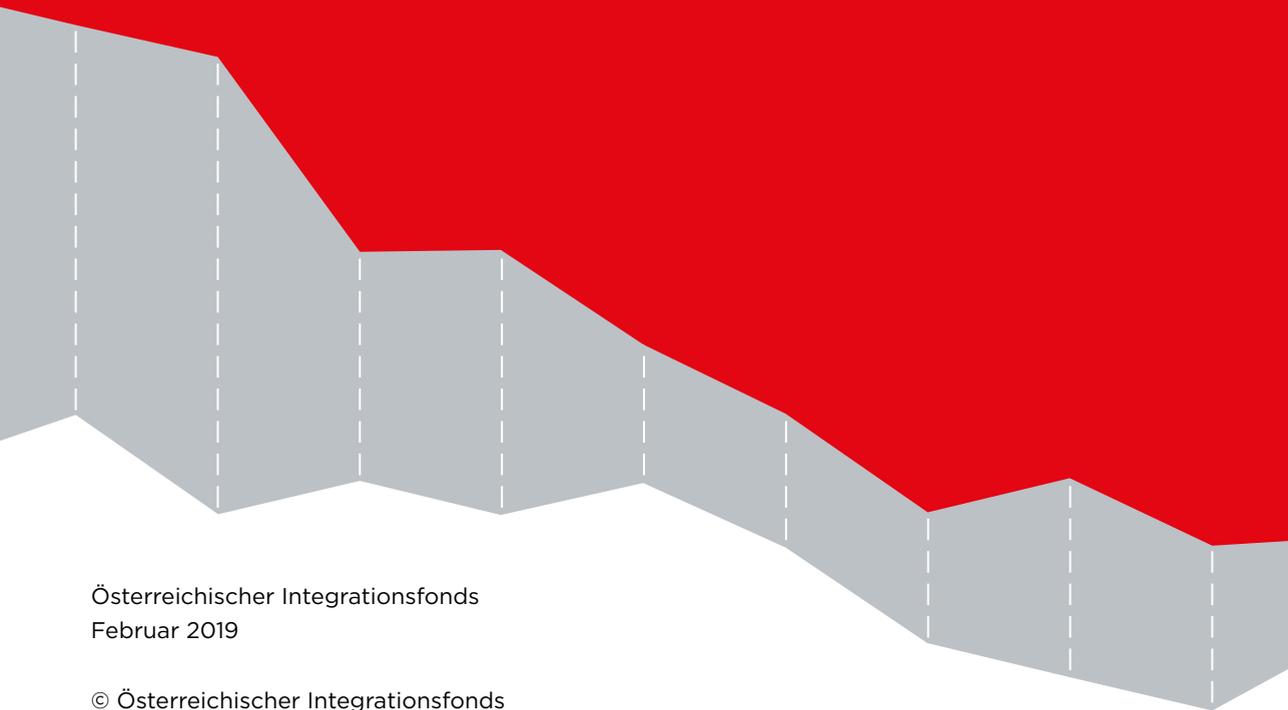
Angaben in %

¹ Fragewortlaut August 2017: „Zum Schluss lese ich Ihnen noch ein paar Vorschläge vor, wie man Parallelgesellschaften in Österreich verhindern könnte. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen sehr, eher, weniger oder gar nicht zustimmen.“

Das Integrationsbarometer ist eine Befragung, die vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Zusammenarbeit mit Peter Hajek Public Opinion Strategies erstellt wird. Erstmals im November 2015 durchgeführt, werden seitdem regelmäßig 1.000 österreichische Staatsbürger/innen durch Telefoninterviews sowie eine Onlinebefragung zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt.

Ziel des ÖIF-Integrationsbarometers ist es, regelmäßig Einstellungen und Stimmungsströmungen zum Thema Integration zu erheben und damit Zahlen und Fakten für die Integrationsarbeit zu liefern.

Alle bisherigen Ausgaben des Integrationsbarometers finden Sie auf der Homepage des Österreichischen Integrationsfonds unter **www.integrationsfonds.at**.



Österreichischer Integrationsfonds
Februar 2019

© Österreichischer Integrationsfonds